

Handel mit Zukunft

Es ist kein Geheimnis, dass das Parken in vielen Städten zu einer kostspieligen Angelegenheit geworden ist. Stuttgart bildet hier keine Ausnahme, da Parkgebühren von über zehn Euro für ein paar Stunden in den Parkhäusern der Landeshauptstadt zur Regel geworden sind.

Die hohen Parkpreise sind zum Teil auch auf die Regulierung des Verkehrsaufkommens in Stuttgart zurückzuführen, da sie die Autofahrerinnen und Autofahrer empfindlich im Geldbeutel treffen. Die linken Fraktionen im Rathaus begrüßen diesen Zustand, in der Hoffnung, dass die Bürgerinnen und Bürger vermehrt auf den öffentlichen Nahverkehr umsteigen und ihre Autos stehen lassen. Negative Auswirkungen auf den Einzelhandel in der Stadt werden von ihnen verneint.

Allerdings liegen Wunschdenken und Realität oft weit auseinander. Der steigende Leerstand im Einzelhandel der Stuttgarter Innenstadt steht diesen Vorstellungen entgegen. Ein traditionsreiches Unternehmen nach dem anderen schließt seine Tore. Eine Studie zur Vitalität der Innenstädte aus dem Jahr 2022 könnte die Gründe für diesen Trend liefern. Externe Besucherströme in die Landeshauptstadt werden spärlicher. Stuttgart erhält zudem die schlechtesten Noten im Bereich Autofreundlichkeit und Parkmöglichkeiten, wo die Stadt lediglich mit einer drei abschneidet. Wir sehen hierfür insbesondere die hohen Parkgebühren verantwortlich.

Es ist an der Zeit, dass die Entscheidungsträger im Interesse des Einzelhandels agieren, der maßgeblich von externen Besucherinnen und Besuchern abhängt. Wir fordern faire Parkgebühren, die den Bedürfnissen des Einzelhandels in Stuttgart gerecht werden. Eine transparente und erschwingliche Gebührenstruktur ist notwendig, um sicherzustellen, dass das Parken bezahlbar bleibt. Es liegt in der Verantwortung des Gemeinderats, hier rechtzeitig gegenzusteuern, um den Einzelhandel in Stuttgart zukunftsfähig zu erhalten. Die aktuellen Bemühungen wie die Einrichtung von Pop-up-Stores zur Fußball-Europameisterschaft, um den Leerstand zu kaschieren, untermauern, dass dringender Handlungsbedarf besteht.